

Militäroperation in Aceh geplant

Nachdem Friedensverträge und -verhandlungen wiederholt fehlgeschlagen waren, sieht Präsidentin Megawati Sukarnoputri keine andere Alternative, als die Bewegung Freies Aceh (GAM) mit Militärgewalt niederzuschlagen. Insgesamt sollen zwischen 40.000 und 50.000 Soldaten in Aceh stationiert werden. Die Zahl der GAM-Guerilleros wird auf nur 5.000 Mann geschätzt. Das Militär hat um 143 Millionen US-Dollar gebeten, um eine sechsmonatige Operation in Aceh durchzuführen.

In den letzten Jahren gab es mehrere ernsthaftere Friedensbemühungen. Im August

2001 verabschiedete die Regierung das Gesetz Nr. 18/2001. Hier wurde festgelegt, dass sich die Provinz Aceh künftig stärker selbst bestimmen solle, insbesondere im ökonomischen Bereich. Das Gesetz war ursprünglich dazu gedacht, zum Wohl des Volkes beizutragen, doch aufgrund der korrupten Provinzregierung gab es keine sichtbaren Verbesserungen. Deshalb hatte vor kurzem eine lokale Nichtregierungsorganisation in Aceh von der Regierung verlangt, den Gouverneur Abdullah Puteh zu entlassen, der weithin als korrupt gilt. Dieser aber stritt die Vorwürfe ab, und

es wurden keine weiteren Maßnahmen unternommen. Ein weiterer Schritt in Richtung Frieden, der international sehr positiv gesehen wurde, war das Abkommen zur Beendigung von Feindseligkeiten (COHA), das am 9. Dezember 2002 sowohl von der Regierung, als auch von Vertretern der GAM unterzeichnet worden war. Es hatte Anlass zur Hoffnung gegeben, da es die engste Annäherung beider Seiten in der Geschichte des Konfliktes war.

vgl. *Jakarta Post*, 12.5.2003

Unterstützung bei Kampf gegen AIDS gefordert

Die Regierung hat an die Öffentlichkeit appelliert, die nationale Strategie beim Kampf gegen AIDS zu unterstützen. Das Leitbuch, das die nationale Strategie festlegt, wurde am 9.5.2003 als Ergebnis gemeinschaftlicher Arbeit zwischen dem Gesundheitsministerium und dem Büro des koordinierenden Ministers für das Wohl des Volkes vorgestellt. Gemäß Husein ist die in dem Leitbuch enthaltene neue Strategie einfacher zu verstehen und deshalb auch leichter einzuhalten.

Das Leitbuch schlägt vor, dass insgesamt mehr als zehn Institutionen Hand in Hand ar-

beiten sollten, um das tödliche Virus zu bekämpfen. Zu den beteiligten Parteien gehören Regierungsorganisationen, NGOs und Menschen, die bereits mit HIV infiziert sind. Gemäß offiziellen Angaben gibt es allein in der Regierungshauptstadt Jakarta 100 NGOs, die den Kampf gegen AIDS aufgenommen haben.

Gesundheitsminister Achmad Suyudi sagte, Indonesien könne infolge des Leitbuches in den nächsten drei bis fünf Jahren mit einem Rückgang von HIV-Infektionen um ca. 67 Prozent rechnen. Im Mai waren insgesamt 3.642 Fälle von HIV bei den Behör-

den gemeldet. Allerdings geht man davon aus, dass die Dunkelziffer weit höher ist. Laut Schätzungen geht man von bis zu 130.000 Fällen von AIDS aus. Dem Gesundheitsministeriums zufolge werden 73 Prozent der HIV-Fälle durch ungeschützten Geschlechtsverkehr und 24 Prozent durch Drogeninjektionen verursacht.

Um den Preis für AIDS-Medikamente zu senken, schlug Husein vor, das Retrovirus ARV fortan im eigenen Land zu produzieren. Damit könne der Preis für die Medizin um bis zu 44,40 US-Dollar fallen.

vgl. *Kompas*, 13.5.2003

Prozessauftakt des Bali-Attentats

Am 12.5.2003 begann der Prozess des Bali-Attentats. Der Terroranschlag kostete 202 Menschen das Leben. Insgesamt sind 33 Verdächtige vorgeladen, unter ihnen Amrozi bin H Nurhasyim. Es herrschen scharfe Sicherheitsvorkehrungen. Neben dem australischen Botschafter David Ritchie und dem britischen Botschafter Richard Gozney sowie mehr als 400 Journalisten waren auch viele Verwandte der Opfer bei dem Prozessauftakt anwesend. Der Prozess findet in Nari Graha

statt, einem Gebäude in staatlichem Besitz, das in Vorbereitung des Prozesses in den letzten Monaten umfangreich renoviert wurde. Insgesamt hat die Bali-Polizei 3.000 Kräfte geordert, um das Ereignis zu sichern. Rund 600 Kräfte sind abgestellt, um das Gebäude zu sichern.

Amrozi ist einer der Hauptverdächtigen, der von der Polizei als erster am 5. November 2002 festgenommen wurde. Ihm wird zur Last gelegt, bei der Planung des Terroranschlags beteiligt gewesen zu

sein. Außerdem soll er eine wichtige logistische Rolle dabei gespielt haben, chemische Stoffe für die Herstellung der Bombe geliefert und den L-300-Minivan beschafft zu haben, in dem später die Bombe deponiert wurde. Der Staatsanwalt Urip Tri Gunawan wirft Amrozi zudem vor, an sechs Treffen teilgenommen zu haben, bei denen das Attentat geplant wurde. Falls Amrozi schuldig gesprochen wird, droht ihm die Todesstrafe.

vgl. *The Jakarta Post* 13.5.2003,

Kompas 12.5.2003

nachrichten

Bewohner fliehen vor der Gewalt in Aceh

Die staatliche Grundschule Blang Bاده in der Regentschaft Bireuen, ca. 250 Kilometer östlich von Banda Aceh, ist mittlerweile zu einem Flüchtlingslager umfunktioniert worden. Hunderte Menschen fliehen derzeit, da ihre Dörfer kürzlich zum Kriegsgebiet zwischen der indonesischen Armee (TNI) und der separatistischen Bewegung Freies Aceh (GAM) erklärt worden waren. Insgesamt suchen bereits über 7.000 Menschen Zuflucht in mehreren Orten des Bezirks. Neben der Grundschule Blang Bاده fliehen die Menschen, die aus insgesamt acht Dörfern stammen, auch in die Große Moschee in Bireun. »Wir suchten Zuflucht, nachdem zwei Bewohner im Zuge des bewaffneten Konflikts erschossen wurden«, sagte ein Bewohner des Dorfes Abu Usong, in dem TNI und GAM einige Tage zuvor aufeinandergetroffen waren.

Die Gewalt in Bireuen, einem Zentrum der GAM an der Ostküste der Provinz, nahm zu, nachdem die Regierung ein Treffen mit GAM mit der Begründung verweigert hatte, GAM habe das Friedensabkommen verletzt. Als Bedingung für den Friedensprozess hatte die Regierung verlangt, dass GAM entwaffnet werde und seinen Anspruch auf Unabhängigkeit zurückstelle. Bei Zuwiderhandlung hatte sie gedroht, eine Militäroperation in der Provinz durchzuführen.

vgl. *Jakarta Post*, 12.5.2003

nachrichten

Plan zur Reduzierung von Parteien

Politische Analysten haben den Plan des National Resilience Institute (Lemhannas) kritisiert, die Anzahl politischer Parteien, die zu den Parlamentswahlen von 2004 zugelassen sind, zu reduzieren. Sie erklärten, eine solche Idee sei konservativ und undemokratisch. Lemhannas hatte die Idee kürzlich mit Mitgliedern des Parlaments besprochen. Das Institut begründete den Plan damit, eine Reduzierung der Parteien gewährleiste politische Stabilität und begünstige das ökonomische Wachstum.

Hadar N. Gumay vom Zentrum für Wahlreform (CETRO) sagte, eine solche Limitation behindere den Demokratisierungsprozess in der Nation. Zudem sei sie gleichzeitig eine willkommene Möglichkeit für alte Parteien, ihre Macht zurückzugewinnen.

Bisher haben sich über 250 politische Parteien für die Parlamentswahlen von 2004 registrieren lassen. Laut Experten ist die steigende Zahl politischer Parteien die Konsequenz einer notwendigen Reformbewegung. Hadar sagte, die Reformära müsse als Übergangszeit gesehen werden. Daniel Sparingga von der Airlangga Universität (UNAIR) kommentierte den Plan von Lemhannas folgendermaßen: »Es ist nicht notwendig, eine solche Reduzierung vorzunehmen. In entfernter Zukunft werden sich mit der Zeit zwischen fünf und sieben große Parteien von selbst gebildet haben.«

vgl. *The Jakarta Post*, 13.5.2003

In Folge einer Serie bewaffneter Überfälle, die im Mai 2003 fünf Menschen das Leben kostete, hat die Provinzregierung in Nordsumatra angeordnet, schärfer gegen illegalen Waffenbesitz vorzugehen. Marzuki, lokaler Vorsitzender der Golkar Partei in der Legislative, nannte Medan eine »Stadt des Wilden Westens und der Cowboys«, da viele Täter skrupellos zur Waffe griffen.

»Die Tendenz hat die Bevölkerung verängstigt, da Kriminelle offensichtlich leicht an Waffen kommen können und nicht zögern, ihre Opfer zu töten«, so Marzuki. »Die Sorge wird dadurch verschlimmert, dass die Polizei vollständig versagt hat. Sie hat noch nicht einmal Verdächtige ausfindig gemacht, geschweige denn festgenommen. Bankräuber töteten eine Sicherheitskraft und einen Fahrer bei einer

Lippo-Bank-Filiale. Ein drittes Opfer, eine weitere Sicherheitskraft, erlag seinen schweren Verletzungen im Krankenhaus. Einige Tage später fand ein bewaffneter Überfall auf das Haus eines Bewohners von Labuhan Batu nahe Medan statt, und zwei Menschen wurden erschossen.

Die Polizei geht davon aus, dass die Räuber mit der Bewegung Freies Aceh (GAM) aus der nahegelegenen Provinz Aceh kooperieren. Im letzten Monat waren bereits mehrere Mitglieder der GAM in Medan festgenommen worden, da sie verdächtig werden, an einer Reihe von Bombenanschlägen in Medan beteiligt gewesen zu sein, die sich im April ereigneten.

Marzuki jedoch gab zu bedenken: »Es bleibt unklar, ob die Polizei irgendwelche der bewaffneten Überfälle untersuchen wird ... der Polizei gelingt

es ja häufig kaum, die Verdächtigen zu inhaftieren«. Ali Jabbar Napitupulu, Vorsitzender der Vereinten Entwicklungspartei, teilte Marzukis Vorbehalte und verlangte von der Polizei, mehr Maßnahmen zu ergreifen, um Verbrechen, bei denen Waffen eingesetzt werden, zu kontrollieren.

Die Polizei hat in der Provinz zumindest 1.300 legale Waffen in den vergangenen zwölf Monaten registriert. Die Hälfte davon waren Handfeuerwaffen. Zu den Besitzern gehörten Beamte, Geschäftsleute und Politiker. Gemäß Daten der Polizei wurden in den Jahren 2001 und 2002 insgesamt 107 Straftaten verübt, bei denen Waffen eingesetzt wurden, jedoch wurden nur 56 der Fälle aufgeklärt.

vgl. *Jakarta Post*, 12.5.2003

Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung

Die indonesische Transparenzgesellschaft (MTI) sagte, der Jakarta-Gouverneur Sutiyoso sei verantwortlich für finanzielle Unregelmäßigkeiten in der Administration, die von der höchsten Agentur für Rechnungsprüfung (BPK) aufgedeckt wurden. »Der Vorsitzende jeder Institution ist verantwortlich für das, was seine Untergebenen tun. Also sollte der Gouverneur dem Chef jeder Arbeitseinheit mitteilen, dass sie die Erkenntnisse der BPK ernst nehmen sollten«, so der Vorsitzende der MIT Sudirman Said am 11.5.2003.

Sudirman bezog sich hiermit auf eine Mitteilung der Agentur BPK, sie habe finanzielle Inkonsistenzen in der Höhe von 97,62 Millionen US-Dollar in vier Unternehmen in städtischem Besitz und in acht Institutionen festgestellt, die von der Stadt verwaltet werden. Die Ergebnisse der BPK basierten auf der Prüfung der Budgets für 2001 und 2002 in insgesamt acht Institutionen und der Bücher von 2001 und

2002 in den vier genannten Unternehmen in städtischem Besitz. Firman Hutajulu, der Vorsitzende der städtischen Prüfungsagentur Bawasda, spielte die Ergebnisse der BPK herunter und sagte, solche Unregelmäßigkeiten könnten durch administrative Fehler entstanden sein. Sudirman kritisierte Firman und meinte, er versuche lediglich, die Unregelmäßigkeiten zu vertuschen. Dieses Verhalten, so Sudirman, sei typisch für das eines städtischen Beamten, der keine Fehler zugeben wolle.

»Wenn sie (Bawasda) gut arbeiten würde, hätte sie die Unregelmäßigkeiten bei der Verwendungskontrolle befinden, feststellen müssen«, so Sudirman weiter. Er meinte, wenn existierende Kontrollmechanismen funktionierten, könnte man Korruption in staatlichen Agenturen entgegenwirken. Er spielte hiermit darauf an, dass es mehrere Institutionen gibt, deren Aufgabe darin besteht, die Verwaltung zu kontrollieren, einschließlich BPK, der Agen-

tur für Entwicklung und finanzielle Prüfung (BPKP) und Bawasda.

Koeswadi Soesilohardjo, der Vorsitzende der städtischen Ratskommission, betonte, man müsse dem BPK-Bericht nachgehen um festzustellen, ob tatsächlich Verbrechen begangen wurden. »Wenn der Gouverneur die Ergebnisse nicht untersuchen lässt, könnte dies den Verdacht nähren, dass er in die Unregelmäßigkeiten seiner Untergebenen involviert war«, so Koeswadi.

Gemäß aktueller Berichte gibt es eine Reihe von Korruptionsfällen, die städtische Beamte betreffen. Fast keiner dieser Fälle wurde jedoch bisher vor Gericht behandelt. In den wenigsten Fällen wurden einige kleinere Beamte bestraft, aber ihre Vorgesetzten blieben außen vor.

vgl. *Kompas*, 12.5.2003, *Jakarta Post*, 12.5.2003